

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, dass Klimaschutzkonzept Koblenz sei ein umweltpolitisch bedeutsames Vorhaben. Dabei käme es nicht darauf an, einen Wettbewerb zur Schärfe der Forderungen zu schaffen, sondern vielmehr in der Stadt Koblenz erkennbare Schritte im Klimaschutz zu gehen.

Natürlich sei auch die Finanzierung dieser Schritte wichtig und er verweist aus diesem Grunde auf die Ziffer 2 des Beschlusssentwurfes. Es könne nicht darum gehen, einen möglichst großen Geldbetrag zu erwarten, denn diesen werde man nicht aufbringen können. Es könne demnach nur darum gehen, mit den vorhandenen städtischen Ressourcen in Verbindung mit Kooperationspartnern das Mögliche umzusetzen. Aus dieser Erkenntnis heraus und im Hinblick auf die vorangegangenen Workshops zum Klimaschutz habe man die Ausschreibung zur Konzessionsvergabe verbunden mit Ideengebung zur Modernisierung der ökologischen Konzeption der Stadt Koblenz.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hebt hervor, die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sei nicht ausschließlich Sache der Stadt oder der öffentlichen Hand, sondern auch deren Partner aus dem Bereich der Energieversorger.

Aus diesem Grunde sei es wichtig gewesen, die Klimaschutzkonzeption auch mit Vertretern aus Wirtschaft und Energieversorgung zu besprechen.

Man habe sich auf einen guten gemeinsamen Weg begeben und auch die Energieversorger in Koblenz seien bereit, diese Schritte mitzugehen. Hiefür bedankt sich Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig nochmals.

Die Ziffer 2 des Beschlusssentwurfes sei demnach auch so zu verstehen, dass er getragen sei von dem Gedanken der Partnerschaft bei der Umsetzung.

Rm Biebricher (CDU), MdL, führt aus, die CDU-Fraktion habe sich seit Jahren für regenerative Energien und Klimaschutz in Koblenz stark gemacht und im Zuge dessen auch einige Anträge auf den Weg gebracht, wobei er auf das „18%-Ziel“ sowie die Elektromobilität und zuletzt auf den Antrag zum Klimaschutzkonzept verweist, und sei demnach sehr erfreut über den umfangreichen Maßnahmenkatalog dieses Konzeptes.

Man sei dennoch nicht uneingeschränkt mit allen Maßnahmen einverstanden und hätte sich zudem gefreut, wenn die Maßnahmen dieses Konzeptes noch mehr auf Koblenz zugeschnitten worden wären.

Die CDU-Fraktion sei bereit, an dieser Konzeption entschlossen mitzuwirken, um den Klimaschutz in Koblenz voran zu treiben. Man sei sich darüber im Klaren, dass der Klimaschutzmanager dabei eine große Rolle spiele. Er werde sich mit der Umsetzung der Maßnahmen, der Erfolgskontrolle und mit dem Akquirieren der Fördergelder beschäftigen.

Daher bittet die CDU-Fraktion um Prüfung, ob die Stelle des Klimamanagers von einer halben auf eine ganze Stelle umgewandelt werden könne.

Es gehe dabei zwar um Mehrausgaben von 3000-4000 Euro, jedoch könne man durch diese intensivere Arbeit, insbesondere bezüglich der Förderungsmöglichkeiten, erhebliche Mehreinnahmen akquirieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erhebt gegen eine solche Prüfung keine Einwände.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) zeigt auf, die Stadt Koblenz sei nach Antrag der Grünen bereits seit dem Jahre 1997 Mitglied im Klima-Bündnis und seit 2001 liege ein Klimaschutzkonzept vor mit dem Zieljahr 2010, welches vom Äfeu-Institut erarbeitet worden sei. Sie nimmt Bezug auf eine Aussage seitens der Verwaltung aus dem Jahre 2002, in dem es hieße, das beschriebene Klimaszenario stelle eine große Herausforderung dar und sei nur mit einem großen politischen und gesellschaftlichen Konsens und dem Willen die vorgeschlagenen Maßnahmen und Empfehlungen umzusetzen, erreichbar. Sie fügt an, die Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion Anfang 2009 sei für sie keine Überraschung gewesen, aber dennoch ernüchternd. Viele Maßnahmen seien leider nicht umgesetzt worden, sie verweist daraufhin auf eine Auflistung im Kapitel 6.2. des neuen Klimaschutzkonzeptes 2011.

Ferner seien dort folgende Aussagen getroffen worden:

„1. Ein Blick auf die sieben Maßnahmen mit der höchsten Priorität zeigt, dass davon lediglich eine umgesetzt wurde.

2. Es gelang daher in den letzten Jahren nicht grundsätzlich relevante Entscheidungen für den Klimaschutz zu treffen.

3. Generell kann gesagt werden, dass Koblenz beim Klimaschutz Verkehr noch am Anfang steht (S.59).“

Rm Mehlbreuer verdeutlicht weiterhin, man wisse, Klimaschutz sei die wichtigste Aufgabe der Zukunft.

Es stimme sie daher zuversichtlich, dass die Ratsfraktion CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Mai 2009 ein neues überarbeitetes Klimaschutzkonzept beantragt hätten, welches heute zum Beschluss vorliege.

Allerdings reiche es nicht, ein Konzept zu beschließen und einen Konsens zum Ausdruck zu bringen, sondern vielmehr seien die Maßnahmen und deren Umsetzung entscheidend.

Sie erinnert daraufhin an den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Stadtratssitzung, in welchem die Angleichung der Parkgebühren im bewirtschafteten Parkraum an die Parkhäuser angestrebt worden sei.

Mit Verweis auf die im Klimaschutzkonzept vorgesehene Erhöhung der Parkgebühren im bewirtschafteten Parkraum auf einen höheren Satz als in den Parkhäusern, sei der Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich gemildert worden. Man bedaure, dass dieser gemilderte Antrag dennoch abgelehnt worden sei.

Die Erhöhung der Parkgebühren sei eine Maßnahme im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes, welche im Bereich Parkraummanagement auf Seite 89 zu finden sei.

Die Stadt sei Vorbild, Promoter, Versorger, Planer und Regulierer.

Sie hebt hervor, dass wenn man die gesetzten Ziele erreichen wolle, bedeute dies auch ein Umdenken in der Verwaltung.

Daraufhin sei die energieeffiziente Straßenbeleuchtung (S. 76) bzw. die integrierte Rad-Verkehrsstrategie mit eigenem Budget (S. 85), Klimaschutz in der Stadtplanung im Gebäudemanagement (S.70) erwähnt.

Sie führt aus langfristiges Denken anstelle von kurzfristigen Investitionsentscheidungen helfe Gelder zu sparen. Klimaschutz sei regionale Wirtschaftsförderung. Durch konsequente Energieeinsparungen stünde mehr Geld zur Verfügung. Daraufhin könne das Handwerk seinen Umsatz erhöhen, es würden mehr Arbeitsplätze folgen und die Kommune profitiere auf Grund der steuerlichen Mehreinnahmen.

Bezüglich der Bauleitplanung (S.102) sei klar der Vorschlag gemacht worden, energetische Standards in städtebaulichen Verträgen festzusetzen. Dies habe zur Folge, dass man zukünftig energetische Standards in städtebauliche Verträge aufnehmen müsse. Dabei sei der Stadtrat vor Beginn der Verhandlungen zwischen Investor und Stadt zu beteiligen.

Weiterhin gehe es um die Erarbeitung einer Energiekonzeption für das Plangebiet einschließlich Untersuchungen verschiedenster Varianten, zentrale- und dezentrale Blockheizkraftwerke und erneuerbare Energien.

Rm Mehlbreuer hebt hervor, es liege ein Maßnahmenkatalog vor, den man nutzen solle und auch müsse, um die angestrebten Ziele im kommunalen Klimaschutz zu erreichen.

Weiterhin bezieht sich Rm Mehlbreuer auf eine Erklärung des Direktors des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung im März im Interview mit „Spiegel“:

„Wir müssen ein für alle Mal beschließen, unseren Nachkommen mehr als nur Atomgefahren und Klimawandel zu hinterlassen. Dies bedeutet Mitgefühl über Raum und Zeit hinweg.“

Sie schließt ihren Redebeitrag mit der Bitte, man solle dem Klimaschutz endlich Priorität 1 geben.